

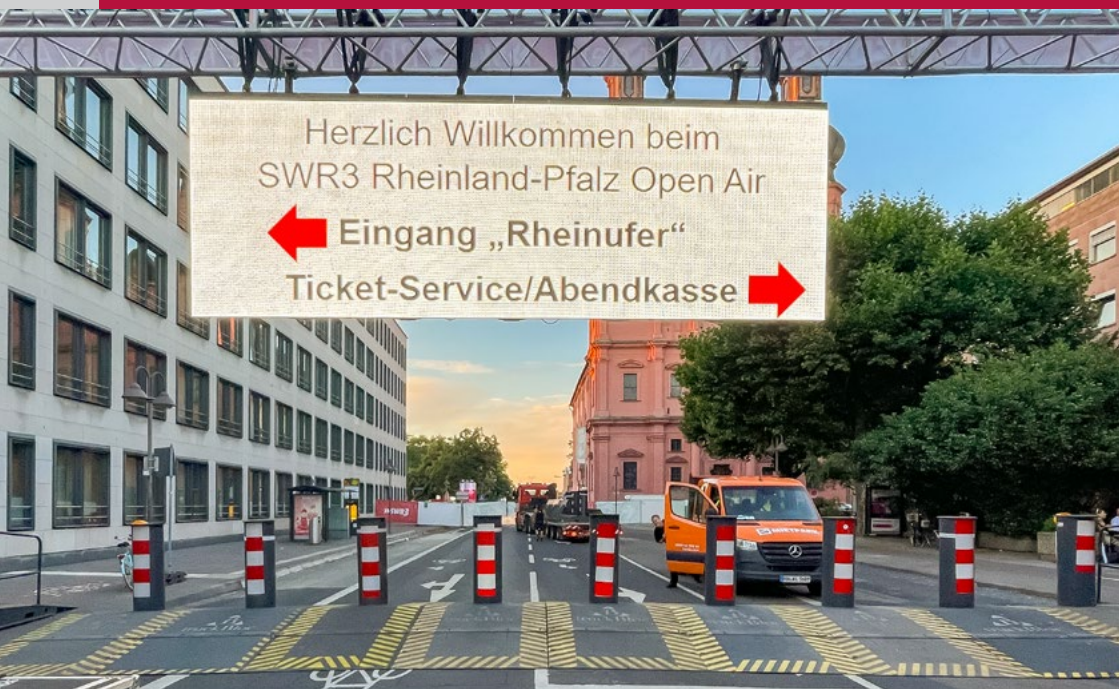


RheinlandPfalz

MINISTERIUM DES INNERN
UND FÜR SPORT

VORHABEN URBANE SICHERHEIT

Strategieansätze und Maßnahmen zur Sicherheit
im öffentlichen Raum und bei Veranstaltungen –
Beispiele aus rheinland-pfälzischen Modellkommunen



Bildnachweise

Andrea Schombara/ Mdl:	S. 1
Stadt Bad Dürkheim:	S. 4, 6
Stadt Mainz:	Titelbild, S. 8
PD Mainz	S. 8
Stadt Trier:	S. 12
Stadt Pirmasens:	S. 16
Stadt Neuwied:	S. 24
Mdl:	S. 20

Impressum

Herausgeber

Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
Schillerplatz 3-5
55116 Mainz

Grafik und Satz Werbewerkstatt Korinski, Mainz, Markus Kohz

Druck Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz

Mainz, im Oktober 2025

Die Broschüre ist auch im Internet abrufbar unter: mdi.rlp.de

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch Wahlbewerberinnen und -bewerbern oder Wahlhelferinnen und -helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Kommunal-, Beirats-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zweck der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinarbeit der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

VORWORT

Das gesellige Miteinander, der offene Umgang der Menschen, die zahlreichen Brauchtümer und Feierlichkeiten sind fester Bestandteil unserer rheinland-pfälzischen Lebenskultur. Nicht zuletzt die Amokfahrt in Trier 2020 hat uns vor Augen geführt, dass die abstrakte Gefahrenlage, die wir bereits seit vielen Jahren in der Welt beobachten, nicht an unserer Landesgrenze halt macht. Auch wir müssen uns vermehrt Gedanken über Sicherheitsvorkehrungen bei Veranstaltungen und im öffentlichen Raum machen.



Sicherheit bedeutet allerdings mehr als das Verhindern von Straftaten. Sicherheit umfasst neben dem objektiven auch das subjektive Sicherheitsempfinden. Dies stellt insbesondere Kommunen vor große Herausforderungen, denn es geht um mehr als um reine Polizeipräsenz. Es geht um Zufahrtsschutzkonzepte bei Veranstaltungen, die Gestaltung öffentlicher Räume oder auch die (Wieder-) Belegung von Plätzen.

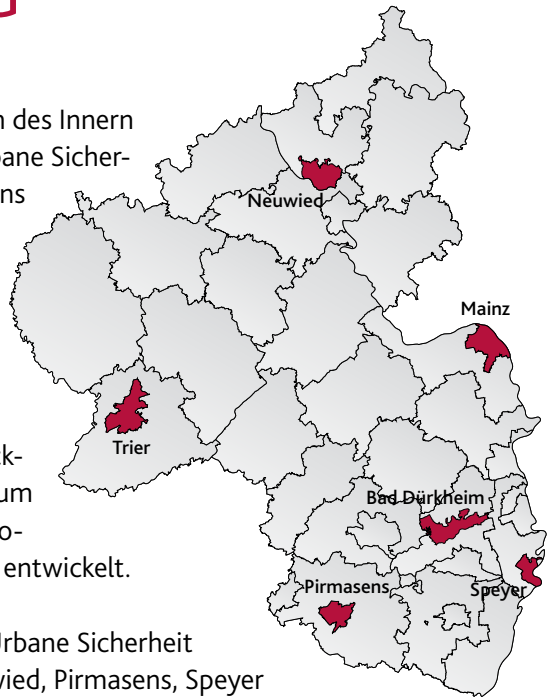
Sicherheit wird dort nachhaltig gesteigert, wo verschiedene Akteure miteinander arbeiten, Räder ineinandergreifen, Wissen und Erfahrungen geteilt werden. Aus diesem Grund rief das Ministerium das Vorhaben Urbane Sicherheit ins Leben. Ziel des Vorhabens ist es, verschiedene Akteure aus unterschiedlichen Disziplinen an einen Tisch und in den Austausch zu bringen, Herausforderungen zu erkennen und Handlungsfelder für kooperatives Handeln zu benennen. Dieser Austausch geschieht auf Augenhöhe, denn die Expertinnen und Experten für die Bedarfe und die Situation vor Ort sitzen in den Kommunalverwaltungen und in den zuständigen Polizeibehörden. Ziel sind nachhaltige Lösungen, die mit Augenmaß entwickelt werden. Mit dieser Broschüre sollen die erarbeiteten Erkenntnisse und Maßnahmen den Kommunen im Land zur Verfügung gestellt werden.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'ME' or 'M. Ebling', written in a stylized, cursive script.

Michael Ebling

EINLEITUNG

Im Jahr 2021 rief das Ministerium des Innern und für Sport das „Vorhaben Urbane Sicherheit“ ins Leben. Ziel des Vorhabens ist es, kriminalpräventive Strategieansätze und Konzeptionen zur Sicherheit im öffentlichen Raum sowie bei Veranstaltungen zu entwickeln, die auch Aspekte der Kommunalentwicklung und der Stadtplanung berücksichtigen. Dazu hat das Ministerium gemeinsam mit ausgewählten Modellstädten strategische Ansätze entwickelt.



Die Modellstädte im Vorhaben Urbane Sicherheit sind Bad Dürkheim, Mainz, Neuwied, Pirmasens, Speyer und Trier.

Sie füllen die entwickelten Strategieansätze mit Leben, indem sie konkrete Maßnahmen dazu erarbeiten und in ihren Städten umsetzen und damit Blaupausen erstellen. Ihre praktischen Erfahrungen dazu stellen sie im Sinne eines Wissenstransfers den anderen beteiligten Kommunen zur Verfügung.

In einer ersten Phase lag der Themenschwerpunkt auf der Veranstaltungssicherheit und auf technischen Systemen des Zufahrtsschutzes. Während dieser ersten Phase wurden an der Schnittstelle von Sicherheit und Stadtentwicklung Handlungsbedarfe identifiziert, Maßnahmen konzipiert sowie Erfahrungen und Wissen ausgetauscht.

Ziel der zweiten Phase ist es, den Übergang aus der konzeptionellen Planungsphase in die Umsetzungsphase zu gestalten und die Maßnahmen, die sich aus den Handlungsfeldern ergeben haben, zu erproben und vor Ort umzusetzen.

MASSNAHMEN WERDEN IN FOLGENDEN HANDLUNGSFELDERN ERARBEITET UND UMGESETZT:

Veranstaltungssicherheit

In diesem Handlungsfeld steht insbesondere der interkommunale Austausch und die gemeinsame Nutzung von Materialien zur Veranstaltungssicherheit sowie die Durchführung interdisziplinärer Übungen auf Grundlage von gemeinsamen Planbesprechungen im Mittelpunkt; zudem die Qualifizierung von Moderatorinnen und Moderatoren sowie die Qualifizierung im Kontext von Veranstaltungssicherheit.

Gestaltung sicherer öffentlicher Räume

Dieses Handlungsfeld widmet sich Fragestellungen rund um baulich-investive Maßnahmen und deren konzeptionelle Vorbereitung. Mögliche Maßnahmen sind Gestaltungswerkstätten zur Erprobung gestalterischer Maßnahmen für sichere Innenstädte oder Bürgerbeteiligungen im Kontext städtebaulicher Maßnahmen sowie die Qualifizierung von Planerinnen und Planern.

Vernetzung, Transfer und Evaluation

Um von den Erfahrungen und dem Wissen gegenseitig profitieren zu können, sieht dieses Handlungsfeld die Durchführung von Fachtagungen, den Aufbau interkommunaler Transfer- und Netzwerkstrukturen sowie den Aufbau einer Wissenssammlung durch einen digitalen Sharepoint vor.

Im Sinne des Wissenstransfers werden in dieser Broschüre die Ergebnisse der geplanten und durchgeführten Maßnahmen in den Modellstädten vorgestellt und damit allen Kommunen und Polizeidienststellen in Rheinland-Pfalz zugänglich gemacht. Außerdem enthält die Broschüre weiterführende Informationen und allgemeine Hinweise zu relevanten Handlungsfeldern im Bereich Urbane Sicherheit.



Stadt Bad Dürkheim



VERANSTALTUNGSSICHERHEIT – GESTALTUNG SICHERER ÖFFENTLICHER RÄUME – VERNETZUNG, TRANSFER, EVALUATION

MASSNAHMEN RUND UM DEN „DÜRKHEIMER WURSTMARKT“

Seit über 600 Jahren ist der „Dürkheimer Wurstmarkt“ fester Bestandteil des städtischen Lebens und zieht jährlich überregional zahlreiche Besucherinnen und Besucher an. Als größtes Weinfest der Welt findet die Großveranstaltung traditionell am zweiten und dritten Septemberwochenende statt.

Veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen, ein zunehmendes Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung sowie geändertes Besucherverhalten machen es notwendig, bestehende Konzepte stetig weiterzuentwickeln.

Maßnahme

Zur Gewährleistung der Veranstaltungssicherheit setzt die Stadt Bad Dürkheim auf eine enge Zusammenarbeit zwischen der Stadt als Veranstalterin und den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), regelmäßige Planbesprechungen im Krisenstab sowie die fachliche Prüfung und Weiterentwicklung von Sicherheitskonzepten. Zusätzlich erprobte die Stadt Bad Dürkheim mit anderen Kommunen die Wirksamkeit technischer Zufahrtsschutzsysteme.

Zielsetzung

Ziel ist es, durch intensive Abstimmungen, Wissenstransfer und technische Innovationen einen möglichst sicheren Ablauf der Veranstaltung sicherzustellen und potenzielle Gefahren frühzeitig zu erkennen und abzuwehren.

Ergebnisse

- Enge Vernetzung der Akteure, hier insbesondere mit der Polizei im Rahmen einer Sicherheitskooperation
- Etablierung der Durchführung gemeinsamer Übungen und Planbesprechungen im Krisenstab
- Erprobung technischer Schutzsysteme im kommunalen Verbund
- Ableitung konkreter Sicherheitsmaßnahmen und -standards

Herausforderungen & Tipps

Die kontinuierliche Anpassung an neue Rahmenbedingungen erfordert Zeit, Engagement und einen offenen Austausch zwischen allen Beteiligten. Der Aufbau belastbarer Netzwerke und die Zusammenarbeit und der Austausch mit anderen Kommunen haben sich als besonders wertvoll erwiesen.

Ein Leitfaden zum Planen und Durchführen von Übungen kann Kommunen zur Verfügung gestellt werden. Interessierte können sich an UrbaneSicherheit@mdi.rlp.de wenden.



DURCHFÜHRUNG EINER STADTWEITEN SICHERHEITSBEFRAGUNG

Maßnahme

Im Rahmen des „Vorhabens Urbane Sicherheit“ wird Bad Dürkheim in Zusammenarbeit mit externen Partnern eine stadtweite Sicherheitsbefragung durchführen. Ziel ist die systematische Erfassung des subjektiven Sicherheitsempfindens der Bevölkerung als Ergänzung zu den objektiven polizeilichen Daten.

Die Befragung erfolgt anonym und richtete sich an Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen.

Zielsetzung

- Analyse des subjektiven Sicherheitsempfindens
- Identifikation unsicher empfundener Orte
- Abgleich zwischen Wahrnehmung und realer Gefährdungslage
- Ableitung konkreter Handlungsfelder für zukünftige Maßnahmen

Ergebnisse

- Fundierte Datengrundlage für sicherheitsrelevante Stadtentwicklungsmaßnahmen
- Gesteigertes Verständnis für alltagsbezogene Unsicherheiten
- Grundlage für eine zielgerichtete Sicherheitsstrategie
- Ergebnisse fließen in künftige Planungs- und Gestaltungsprozesse ein

Herausforderungen & Tipps

- Externe Expertise frühzeitig einbinden, um methodische Qualität zu sichern
- Transparente Kommunikation schafft Vertrauen und Akzeptanz
- Subjektives Sicherheitsempfinden ernst nehmen – als ergänzende Perspektive zur objektiven Kriminalstatistik
- Die Befragung als kontinuierliches Instrument verstehen, nicht als einmalige Maßnahme



Stadt Mainz



VERANSTALTUNGSSICHERHEIT – GESTALTUNG SICHERER ÖFFENTLICHER RÄUME – VERNETZUNG, TRANSFER, EVALUATION

VERANSTALTUNGSBEZOGENER ZUFAHRTSSCHUTZ

Kurze Darstellung der Maßnahme

Erstellung und Umsetzung eines Zufahrtsschutzkonzepts zum Schutz der Besucherinnen und Besucher der Veranstaltung „Mainzer Johannisnacht“ vor Fahrzeugangriffen und Unfallfahrten durch eine Kombination aus stationären, semi-stationären und mobilen Zufahrtsschutzsperrern. Außerhalb des Veranstaltungsgeschehens erfüllen insbesondere die stationären Sperren den Zweck der Regulierung des ein- und ausfahrenden Verkehrs in die zentralen Einkaufslagen der Mainzer Altstadt.

Gründe für die Maßnahme

Aufgrund der seit 2013 international bekannt gewordenen Überfahrtaten im öffentlichen Raum wird der Schutz dieser Räume im Rahmen der staatlichen Gefahrenvorsorge veranlasst, um der theoretisch denkbaren Eintrittswahrscheinlichkeit zu begegnen.

Zielsetzung

Ziel der Maßnahme ist in erster Linie der Schutz von Personen innerhalb des Schutzbereichs. Ein wichtiges Augenmerk der Planung liegt jedoch auch auf einem „Kompromiss“, welcher unerwünschten Fahrzeugverkehr vermeidet und gleichzeitig die Interessen von Veranstaltern, Einsatzkräften, Anwohnenden sowie Gewerbetreibenden nicht vernachlässigt.

Erkenntnis

Es hat sich als vorteilhaft herausgestellt, einheitliche Zufahrtsschutzsysteme zu nutzen, auch wenn dies an einzelnen Abwehrrpunkten mit einem höheren finanziellen Aufwand verbunden ist. Die Vorteile dieser Vorgehensweise liegen in der vereinfachten Einweisung in die Bedienung der jeweiligen Schutzelemente sowie in der einheitlicheren Handhabung im Bereich Logistik und Wartung der Sperrmittel.

Die Unterteilung des Schutzbereichs der Mainzer Johannisnacht in verschiedene Sektoren hat sich als zielführend erwiesen, um kleinere Veranstaltungen innerhalb der Altstadt lagebezogen sichern zu können.

Zudem hat sich die Einrichtung von zwei Personalstellen in der Stadtverwaltung Mainz für die Bereiche „Zufahrtsschutz und Veranstaltungssicherheit“ sowie „Technik Zufahrtsschutz“ bewährt, um den gewachsenen Anforderungen des Bereichs gerecht werden zu können.

Herausforderungen

Die Herausforderungen zur Umsetzung von Zufahrtsschutzmaßnahmen sollten bereits in der Planung berücksichtigt werden. Hierzu zählen u. a. die Verfügbarkeit von Lagermöglichkeiten für Sperrmittel, finanzielle Aufwendungen für den Auf- und Abbau, die Wartung sowie örtliche Gegebenheiten, welche den Einsatz bestimmter Sperrmittel erschweren (z. B. Fahrbahnbeschaffenheit).

Eine Hilfestellung, unter welchen Voraussetzungen Maßnahmen des Zufahrtsschutzes getroffen werden müssen, kann interessierten Kommunen zur Verfügung gestellt werden. Bitte kontaktieren Sie dazu UrbaneSicherheit@mdi.rlp.de.

DURCHFÜHRUNG DER FACHTAGUNG „FORUM KOOPERATIVE SICHERHEIT“

Kurze Darstellung der Maßnahme

Die Stadt Mainz und die Polizeidirektion Mainz initiierten erstmals im Jahr 2024 eine Fachtagung unter dem thematischen Schwerpunkt „Sicherheitskonzepte bei (Groß-)Veranstaltungen“.

Verschiedene Referierende (z.B. Kommune, Polizei, Feuerwehr, Veranstalter), beleuchten im Rahmen einer Fachtagung ein kommunales / polizeilich relevantes Themenfeld aus verschiedenen Blickwinkeln und ermöglichen den Teilnehmenden (Kommunen und Organisationen sowie Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, sog. BOS), ihr Wissen zu erweitern und die gemeinsame, behördenübergreifende Zusammenarbeit zu stärken.

Zielsetzung / Ergebnis

- Gemeinsame Plattform für einen Austausch bedeutender kommunaler / polizeilicher Handlungsfelder (z. B. Sicherheitskonzept / Zufahrtsschutz).
- Identifizierung gemeinsamer Herausforderungen sowie Bildung von behördenübergreifenden Synergieeffekten.
- Netzwerkbildung zwischen den verschiedenen Akteuren zur Stärkung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Polizei / BOS.
- Zusammenarbeit und Kenntnis über behördeneigene Grundbedürfnisse und -strukturen.
- Die Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses. Dieses kann so bereits in die Vorüberlegungen und die Planungen einfließen.



Stadt Trier



VERANSTALTUNGSSICHERHEIT – GESTALTUNG SICHERER ÖFFENTLICHER RÄUME – VERNETZUNG – TRANSFER – EVALUATION

Die zweite Phase im Rahmen des Projekts „Urbane Sicherheit“ konzentriert sich in Trier insbesondere auf drei eng miteinander verbundene Schwerpunkte:

- Weiterentwicklung des Urbanen Sicherheitskonzepts nach der Amokfahrt 2020
- Belebung des öffentlichen Raums am Beispiel des Palastgartens
- Abschluss einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Polizei und Stadt Trier

URBANES SICHERHEITSKONZEPT

Im Rahmen der Mobilitätsstrategie hatte Trier zunächst ein Konzept für die Innenstadt entwickelt, das den privaten Kfz-Verkehr stark einschränken und zugleich die Aufenthaltsqualität verbessern sollte. Nach der Amokfahrt vom 1. Dezember 2020 überarbeitete die Stadt dieses Konzept grundlegend. Der Stadtrat beauftragte eine Erweiterung zu einem urbanen Sicherheitskonzept, das sowohl verkehrslenkende als auch schützende Elemente berücksichtigt.

Das Konzept sieht die Einteilung der Innenstadt in Zonen vor, die mit stationären und versenkbaren Hochsicherheitspollern vor unbefugten Fahrzeugfahrten geschützt werden sollen. Zwei dieser Zonen wurden bereits umgesetzt bzw. befinden sich im Bau.

BELEBUNG DES PALASTGARTENS

Der Palastgarten, gelegen zwischen Kurfürstlichem Palais und Kaiserthermen, ist eine bedeutende innerstädtische Grünfläche. In den vergangenen Jahren wurde er in der öffentlichen Wahrnehmung jedoch zunehmend als unsicher empfunden, insbesondere in den Abendstunden. Um das subjektive Sicher-

heitsgefühl zu verbessern, setzte die Stadt mehrere Maßnahmen um: Entfernung von Graffiti, Verbesserung der Beleuchtung und verstärkte Präsenz von Ordnungskräften.

Ein besonderer Schwerpunkt lag auf der Neuverpachtung des zentralen Kiosks. In einem Wettbewerb mit 26 Bewerbungen wurde ein Betreiber ausgewählt, der neben gastronomischen Angeboten auch kulturelle Veranstaltungen und ein belebendes Gesamtkonzept vorsieht. Damit soll der Park ganzjährig stärker frequentiert werden, wodurch soziale Kontrolle und Aufenthaltsqualität steigen.

SICHERHEITSPARTNERSCHAFT ZWISCHEN POLIZEI UND STADT

Mit der Unterzeichnung einer Sicherheitspartnerschaft haben Stadtverwaltung und Polizei ihre langjährige Zusammenarbeit verbindlich weiterentwickelt. Die Verantwortlichen vereinbarten u.a. gemeinsame Streifen von Polizei und Kommunalem Vollzugsdienst (unter anderem im Palastgarten), abgestimmte Präventions- und Einsatzpläne, engere Kooperation bei Großveranstaltungen und Krisenlagen sowie eine Stärkung des kriminalpräventiven Rates. Auch die Einbindung von Jugendamt, Feuerwehr, Stadtplanung und weiteren Ämtern wurde intensiviert.

Gründe für die Maßnahmen

- Ereignis Amokfahrt 2020: Die Tat führte zu einem Umdenken in Fragen der Sicherheit im öffentlichen Raum.
- Sicherheitswahrnehmung im Palastgarten: Der Park war ein identifizierter Schwerpunkt für das subjektive Unsicherheitsgefühl vieler Bürgerinnen und Bürger.
- Bedarf nach enger institutioneller Kooperation: Sicherheit wird heute als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden, die Polizei, Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft gemeinsam tragen müssen.

Zielsetzungen

- Schutz der Bevölkerung durch städtebaulich integrierte Sicherheitsarchitektur.
- Verbesserung sowohl der objektiven als auch der subjektiven Sicherheit im öffentlichen Raum.
- Belebung und Aufwertung innerstädtischer Aufenthaltsräume.
- Verstetigung und Vertiefung der Zusammenarbeit von Polizei und Stadt.

Ergebnisse, Erkenntnisse und Produkte

- Erste Umsetzungsschritte des Urbanen Sicherheitskonzepts zeigen sowohl Chancen (effektive Verkehrslenkung, erhöhter Schutz) als auch Konflikte (Einschränkungen für Anlieger und Gewerbetreibende).
- Realisierung der geplanten Maßnahmen im Palastgarten – Ergebnisse nach erfolgter Evaluierung.
- Die Sicherheitspartnerschaft schafft einen verbindlichen Rahmen, um die seit Jahrzehnten gewachsene Kooperation zwischen Stadt und Polizei auf eine neue Stufe zu heben.
- Entscheidende Erkenntnis: Sicherheitsprojekte entfalten ihre Wirkung nur dann, wenn sie breit kommuniziert und durch eine enge Bürgerbeteiligung begleitet werden.

Herausforderungen und Tipps für andere Kommunen

- Akzeptanz sichern: Jede Sicherheitsmaßnahme im öffentlichen Raum erzeugt Zielkonflikte (Freiheit vs. Schutz, Zugänglichkeit vs. Kontrolle). Nur transparente Kommunikation und frühzeitige Beteiligung führen zu breiter Akzeptanz.
- Subjektive Sicherheit ernst nehmen: Beleuchtung, Nutzungskonzepte und sichtbare Präsenz wirken oft stärker auf das Sicherheitsgefühl als rein technische Maßnahmen.
- Kooperation formalisieren: Langjährige Zusammenarbeit zwischen Kommune und Polizei gewinnt durch vertragliche Vereinbarungen und klare Prozesse an Verbindlichkeit.



Stadt Pirmasens



VERANSTALTUNGSSICHERHEIT – GESTALTUNG SICHERER ÖFFENTLICHER RÄUME – VERNETZUNG, TRANSFER, EVALUATION

SICHERER EXERZIERPLATZ

Ein Fokus des Vorhabens Urbane Sicherheit in Pirmasens liegt auf der Gestaltung sicherer öffentlicher Räume und dort zunächst auf dem Exerzierplatz als zentralem öffentlichen Raum der Pirmasenser Innenstadt. Dort etablierten sich in den vergangenen Jahren verschiedene Gruppen Jugendlicher und Heranwachsender. Durch verschiedene zum Teil öffentlichkeitswirksame Auseinandersetzungen auf dem „Exe“ kam es in der Stadtgesellschaft zu hohen Verunsicherungen hinsichtlich der Sicherheitslage auf dem Exerzierplatz.

Die Polizei richtete daraufhin eine Ermittlungsgruppe ein. Es erfolgen tägliche Bestreifungen des „Exe“ durch Polizei und Ordnungsamt (regelmäßig auch in gemischten Teams), die Kontrollen durchführen und Präsenz zeigen.

Grundvoraussetzung für die Sicherheit öffentlicher Räume ist deren Belebtheit. Je mehr Menschen einen öffentlichen Raum nutzen und je heterogener die Zusammensetzung der Nutzergruppe ist, desto höher ist erfahrungsgemäß auch die soziale Kontrolle. Infolgedessen kommt es dann regelmäßig auch zur Verringerung von Straftaten und Ordnungsstörungen. Die Akteure in Pirmasens sind vor diesem Hintergrund zu der Überzeugung gelangt, dass es neben repressiven Maßnahmen auch eines funktionierenden Netzwerkes bedarf, das zum Ziel hat, den Exerzierplatz durch ein Mehr an gemeinsamen Veranstaltungen und Aktionen zu beleben. Die Stadt hat unter Leitung des Oberbürgermeisters zu diesem Zweck die „Arbeitsgruppe Exe“ eingerichtet. Neben Polizei, Ordnungsamt und Jugendamt sind auch Streetworker der Stadt, das Stadtmarketing und verschiedene Vereine und Organisationen in der AG vertreten.

Im Rahmen regelmäßiger Arbeitsgruppentreffen tauschen die Akteure ihre jeweils vorliegenden Lageerkenntnisse aus, um die erforderlichen Maßnahmen aufeinander abzustimmen und aus einem Guss umzusetzen.

Seit Herbst 2024 führte die Stadt Pirmasens verschiedene Veranstaltungen auf dem „Exe“ durch:

- ein Spiel- und -Spaß-Tag pro Monat
- Verschiedene Aktionen für Kinder und Jugendliche
- Anschaffung von Sport- und Spielsachen zur allgemeinen Nutzung

Künftig wird es Ziel der Arbeitsgruppe sein, bestehende Veranstaltungen, die bisher außerhalb des innerstädtischen Kernbereichs stattfanden, auf dem Exerzierplatz zu etablieren. Zudem setzt die Stadt einen eigenen Streetworker ein, um mit den relevanten Gruppen am Exerzierplatz ins Gespräch zu kommen.

DURCHFÜHRUNG EINER FACHTAGUNG ZU „URBANER RESILIENZ“

Gründe für die Maßnahme

Die zurückliegende Corona-Krise und verschiedene Naturkatastrophen zeigen die Erforderlichkeit, urbane Resilienz zu stärken.

Zielsetzung

- Erfahrungsaustausch, Vernetzung und Wissenstransfer
- Erarbeitung von Wegen zur robusten, adaptiven und zukunftsfähigen Stadt

Ergebnis

Bei der Gestaltung eines resilienten öffentlichen Raumes muss das Risiko- und Krisenmanagement als Querschnittsaufgabe betrachtet werden. Um Resilienz herstellen zu können, braucht es eine Verknüpfung von Prävention, Vorbereitung, Bewältigung, Wiederaufbau, Adaption und Transformation.

Herausforderungen / Tipps an andere Kommunen

Bei der Konzepterarbeitung müssen frühzeitig alle Rechtsgebiete, so bspw. auch der Denkmalschutz, mit eingebunden werden.

DURCHFÜHRUNG EINER GESTALTUNGSWERKSTATT „ZUFAHRTSSCHUTZKONZEPT FÜR DIE PIRMASENSER FUSSGÄNGERZONE“

Gründe für die Maßnahme

Durch den Anschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt vermehrten sich die Überlegungen in Pirmasens die gesamte Fußgängerzone mit versenkbaren Pollern sowie festverbauten Sperren auszustatten.

Zielsetzung

- Erfahrungsaustausch mit Kommunen mit Vorerfahrungen
(Mainz, Trier, Speyer)
- Vernetzung und Wissenstransfer

Ergebnis

Durch den Austausch konnten Erfahrungen gewinnbringend in den am Anfang stehenden Planungsprozess in Pirmasens eingebracht werden.

Herausforderungen / Tipps an andere Kommunen

Tauschen Sie sich untereinander aus.



Stadt Speyer



VERANSTALTUNGSSICHERHEIT – GESTALTUNG SICHERER ÖFFENTLICHER RÄUME – VERNETZUNG, TRANSFER, EVALUATION

Im Wissen um die Überfahrtaten u.a. in Berlin und Trier und vor dem Hintergrund zahlreicher Veranstaltungen im öffentlichen Raum z.B. die Frühjahrs- und Herbstmesse, Altstadtfest und den Weihnachts- und Neujahrsmarkt, machte sich die Stadt Speyer bereits frühzeitig Gedanken über deren Sicherheit, wobei insbesondere der Zufahrtsschutz eine maßgebende Rolle spielte. In diesem Zusammenhang beschaffte die Stadt Speyer bereits zertifizierte Sperrsysteme ARMIS One, aktuell gibt es Planungen zur Ausstattung der zentralen Einkaufsstraße im Innenbereich, die auch beliebter Veranstaltungsort ist mit ortsfesten zertifizierten Sperrsystemen.

INTERKOMMUNALE BESCHAFFUNG UND NUTZUNG VON MOBILEN SPERRSYSTEMEN / SICHERHEITSSYSTEMEN FÜR VERANSTALTUNGEN IM ÖFFENTLICHEN RAUM UNTER FREIEM HIMMEL

Zielsetzung der Maßnahme

- Übergeordnetes Ziel ist die gemeinsame Konzeption, Beschaffung und Nutzung mobiler zertifizierter Schutz- und Sicherheitssysteme durch verschiedene kommunale Akteure, um Veranstaltungen im öffentlichen Raum unter freiem Himmel sicherer zu gestalten bei gleichzeitiger Kosteneinsparung.
- Sicherheit bei Veranstaltungen in öffentlichen urbanen Bereichen und unter freiem Himmel durch den Einsatz moderner mobiler zertifizierter Schutz- und Sicherheitssysteme zu erhöhen.
- Dies betrifft vor allem stark frequentierte öffentliche Plätze und Straßen, welche u. a. in innerstädtischen Bereichen als Veranstaltungsorte dienen.
- Mobile Schutzmechanismen sollen flexibel, schnell einsetzbar und u.a. auf die sich ständig wandelnden Bedrohungen angepasst sein, ohne dabei die städtische Bewegungsfreiheit einzuschränken.

Herausforderungen für Kommunen

- Die Beschaffung solcher mobilen technischen zertifizierten Sperrsysteme ist mit sehr hohen Kosten verbunden, weshalb sich viele Kommunen diese nicht bzw. nicht in der erforderlichen Anzahl leisten können.
- Zahlreiche Anfragen der Kommunen bei der Stadt Speyer nach Verleih mobiler Sperren lassen auf hohen Bedarf an Verleihsystemen schließen.

Weitere Schritte

Nach Beschluss des Stadtrates werden in einem nächsten Schritt Akteure (teilnehmende Kommunen und Kreise) hinsichtlich einer Teilnahme angefragt und in einem Workshop die gemeinsame Herangehensweise bzw. Strategie erarbeitet. Daran anschließend werden Fördermittel beantragt.

Herausforderungen bei Planungen zur Einrichtung eines interkommunalen Verleihsystems

- Zeitaufwand, welche die Informationsbeschaffung, die Planung und Partnersuche für dieses Vorhaben erfordert.
- Zudem ist die Produktdynamik von zertifizierten Sperrsystemen immer noch sehr hoch. Auch die Ungewissheit, in wieweit sich zu beachtende technische Regeln und Zertifizierungen ändern oder angepasst werden, spielen bei dieser Projektplanung eine maßgebende Rolle.

Eine Übersicht mit Aspekten, die es im Zusammenhang mit interkommunalen Verleihsystemen mobiler Sperren zu beachten gilt, kann interessierten Kommunen zur Verfügung gestellt werden. Bitte kontaktieren Sie dazu UrbaneSicherheit@mdi.rlp.de.

INTERDISZIPLINÄRE RÄUMUNGSÜBUNG AUF DER FRÜHJAHRSMESSE SPEYER IM APRIL 2025

Im Fokus dieser Einzelmaßnahme stand eine realitätsnahe Räumung einer Großveranstaltung im „Echtzeitbetrieb“, d.h. unter Einbeziehung von Fahrgeschäften und Beschickern. Über 500 Statistinnen und Statisten nahmen an der Übung teil sowie mehr als 80 Übungsteilnehmende und 50 Übungsbeobachtende.

Ziel der Großübung

- Vorbereitung von Großübungen im Rahmen von Planübungen / Planbesprechungen mit der Veranstaltungsleitung und dem Sicherheits- / Koordinierungskreis.
- Technischer und organisatorischer Probelauf des Warnmittel-Mix des BKS-SP (Notlicht- und Durchsageinseln, Themenabo-KATWARN, mobile Sirenen mit Durchsagemöglichkeit etc.).
- Alle Beteiligten sollten mit mindestens einem Warnmittel erreicht werden.

Erkenntnisse

Es konnten Erfahrungen, insbesondere über den Personalansatz der sicherheitsrelevanten Akteure des Sicherheitskreises und den Dienstleistern der Veranstaltungsleitung sowie der Erreichbarkeit im Notfall aller Menschen, welche sich auf dem Festgelände aufhalten, gemacht und gesammelt werden. Die Verantwortlichen bewerteten in einer Nachbesprechung die Großübung. Ergebnisse daraus flossen bereits in die Planung und Durchführung darauffolgender Veranstaltungen mit ein.

Herausforderungen / Tipps an andere Kommunen

Der Umfang der Vorbereitung steigt mit der Größe einer Übung. Interdisziplinäre Übungen in realitätsnahen Szenarien verbessern die Zusammenarbeit, Einsatzfähigkeit und Reaktionsfähigkeit aller Beteiligten bei Veranstaltungslagen.



Stadt Neuwied



VERANSTALTUNGSSICHERHEIT – GESTALTUNG SICHERER ÖFFENTLICHER RÄUME – VERNETZUNG, TRANSFER, EVALUATION

MASSNAHMEN ZUR STEIGERUNG DER OBJEKTIVEN SICHERHEIT UND DES SUBJEKTIVEN SICHERHEITSGEFÜHLS

Kurze Darstellung der Maßnahmen

In einem ersten Schritt erfolgte eine Bevölkerungsumfrage zum subjektiven Sicherheitsgefühl. Im Ergebnis ließ sich hierbei feststellen, dass sich die Menschen insbesondere in der Neuwieder Innenstadt unsicher fühlen. Verstärkt wird dieses Empfinden zur Abend- und Nachtzeit.

Zum weiteren Erkenntnisgewinn führte die Stadt Neuwied im Anschluss das Dialogformat „Wortwechsel“ ein. Im Rahmen einer Auftaktveranstaltung wurden Problemsituationen von der Verwaltung, gemeinsam mit den Anwesenden aus Bürgerschaft und Politik diskutiert und im Bereich der Innenstadt konkret räumlich verortet.

Es folgten zwei Stadtpaziergänge mit Bürgerinnen und Bürgern zu den Themen Sicherheit und Sauberkeit im Fokusbereich der Neuwieder Innenstadt. Hier kristallisierte sich heraus, dass die als unsicher empfundenen Orte unter objektiven Gesichtspunkten keine wesentliche Relevanz haben. So werden oftmals insbesondere Stadträume, die beispielsweise durch illegale Müllablagerungen unsauber wirken, gleichzeitig auch als besonders unsicher wahrgenommen, ohne dass ihnen gleichzeitig auch Straftaten zugeordnet werden könnten.

Zur ersten fachlichen Einordnung der Ausgangslage in der Neuwieder Innenstadt folgte, begleitet durch die Fachstelle für Prävention beim Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz (LKA), eine Ortsbesichtigung relevanter Stadträume unter Beteiligung der örtlich zuständigen Polizeibehörde und unterschiedlicher

Stellen der Stadtverwaltung (Quartiersmanagement, Citymanagement, Amt für Stadtmarketing, Ordnungsamt, Stadtbauamt). Hierbei beschrieben lokale Akteure konkrete Situationen und diskutierten mit Vertretern des LKA Impulse zum weiteren Vorgehen.

In einer interdisziplinären Fachtagung für relevante Akteure aus dem Polizei- und Verwaltungsdienst stellten die verschiedenen Fachdisziplinen zunächst den „Status Quo“ aus den verschiedenen Perspektiven vor und identifizierten im Anschluss gemeinsam die Handlungsfelder.

Erste Erfahrungen im Kontext der interdisziplinären Zusammenarbeit zur Beseitigung von Missständen bzw. Steigerung des subjektiven Sicherheitsempfindens konnten bei einem behördenübergreifenden Einsatz auf einer gewerblichen Konversionsfläche gewonnen werden. Dabei zeigte sich insbesondere, dass die einzelfachlich fokussierten Themen einer Bündelung bedürfen und als Basis ein gemeinsames „Mindset“ miteinander erarbeitet werden sollte, um zukünftig strukturierte und geordnete Vorgehensweisen im Umgang mit kritischen Bereichen / Situationen gewährleisten zu können.

Gründe für die Maßnahme

Um die objektive Sicherheit aber auch insbesondere das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen signifikant steigern zu können, bedarf es eines Zusammenwirkens mehrerer Professionen sowie eines gemeinsamen Verständnisses von einem sicheren urbanen Raum. Die jeweiligen Fachbehörden mit ihrem besonderen Fokus auf die Neuwieder Innenstadt können hier einen wesentlichen Beitrag leisten, wenn die verschiedenen sicherheitsrelevanten Aspekte insbesondere im Rahmen der Neu- und Umgestaltung öffentlicher Räume einfließen. Gleichzeitig bietet auch die Vernetzung ordnungsbehördlicher Kompetenzen Potential Missstände zu beseitigen. So kann insgesamt im Team positiv auf das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger eingewirkt werden.

Ziel

Ziel ist es zunächst die verschiedenen Themenfelder der „urbanen Sicherheit“ professionsübergreifend zu betrachten, um darauf aufbauend wesentliche Ansätze zur interdisziplinären Zusammenarbeit zu erkennen, festzulegen und als Handlungsfelder zu definieren.

Anhand der abgeleiteten Maßnahmen soll das gegenseitige Verständnis der Behörden und sonstigen Akteure / Stakeholder im Rahmen der vielfältigen Abstimmungs- und Planungsprozesse für den Alltag geschärft werden.

Insbesondere die Planerinnen und Planer sollen frühzeitig für die normalerweise eher passiv im Planungsprozess wirkenden Sicherheitsaspekte sensibilisiert werden und die Erkenntnisse danach in die allgemeine Planungspraxis übertragen können, um urbane Räume von Beginn an sicher zu gestalten.

Herausforderungen / Tipps an andere Kommunen

Die Herausforderung besteht darin, die verschiedenen Akteure miteinander zu vernetzen und im Prozess für die gegenseitigen Belange zu sensibilisieren. Die Verantwortlichen identifizierten zunächst zwölf Fachdisziplinen / Stakeholder, die im Rahmen der Netzwerkbildung zur urbanen Sicherheit Relevanz haben. Neben der Polizeiinspektion Neuwied, dem Ordnungsamt, dem Amt für Feuer-, Hochwasser- und Katastrophenschutz, dem Amt für Stadtmarketing sowie dem Stadtbauamt zählen hierzu ebenso der Jugendbeirat, der Seniorenbeirat, der Beirat für Migration und Integration. Darüber hinaus sind City- und Quartiersmanagement im Innenstadtbereich etabliert und demnach ebenfalls einzubinden. Zusätzliche Akteure sind die Gemeindliche Siedlungsgesellschaft, als größter lokaler Anbieter von (sozialem) Wohnraum und die Servicebetriebe Neuwied mit dem Dienstleistungsgeschäftsfeld einzubinden.

Durch die Fachtagung konnte ein Impuls gegeben werden. Wesentlich für die Zielerreichung ist es, die Netzwerkarbeit zu institutionalisieren und fest in der Stadt Neuwied zu implementieren, um so auch wiederum eine Basis für die weitergehende Einbindung der Bürgerschaft bei der Ausgestaltung sicherer Räume im innerstädtischen Kontext zu erzielen.

VERANSTALTUNGSSICHERHEIT – GESTALTUNG SICHERER ÖFFENTLICHER RÄUME – VERNETZUNG, TRANSFER, EVALUATION

REGELUNGSLAGE ZU ÖFFENTLICHEN VERANSTALTUNGEN UNTER FREIEM HIMMEL – § 26 POG

Der § 26 des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (POG) Rheinland-Pfalz ist bereits am 6. April 2021 in Kraft getreten. Die Norm wurde geschaffen, um die Sicherheit bei öffentlichen Veranstaltungen unter freiem Himmel weiter zu verbessern. Hierzu eröffnet § 26 POG den zuständigen Behörden bereits im Gefahrenvorfeld Handlungsmöglichkeiten und legt den Veranstaltern bestimmte Handlungspflichten auf.

So wird eine Anzeigepflicht für die in der Vorschrift näher bezeichneten Veranstaltungen ab einer bestimmten Größenordnung eingeführt. Der Begriff der Großveranstaltung wird legal definiert und die grundsätzliche Zuständigkeit der örtlichen Ordnungsbehörden für Veranstaltungen im öffentlichen Raum wird im Falle einer Großveranstaltung auf die Kreisordnungsbehörden übertragen. Der Veranstalter einer öffentlichen Großveranstaltung ist nunmehr u. a. gesetzlich verpflichtet, rechtzeitig vor Veranstaltungsbeginn ein Sicherheitskonzept vorzulegen.

Als Hilfestellung hat das Mdl Anwendungshinweise zur Planung, dem Verfahren, der Durchführung und der Nachbereitung von öffentlichen Veranstaltungen unter freiem Himmel sowie Auslegungshinweise zu ausgewählten Fragestellungen wie beispielsweise zum Thema Zufahrtsschutz erarbeitet, die wie folgt abrufbar sind:

Schriftliche Anwendungshinweise und Auslegungshinweise zu § 26 POG:

www.mdi.rlp.de/pog

VERANSTALTUNGSSICHERHEIT – GESTALTUNG SICHERER ÖFFENTLICHER RÄUME – VERNETZUNG, TRANSFER, EVALUATION

LEITSTELLE KRIMINALPRÄVENTION

Die Leitstelle Kriminalprävention in der Polizeiabteilung des Innenministeriums ist für die Unterstützung und Begleitung von Kommunen in Rheinland-Pfalz in Fragen der kommunalen Kriminalprävention zuständig. Über regionale digitale Stammtische steht sie in regelmäßigem Austausch mit den Kommunen. Dazu gehören auch die Projektkommunen.

Im Rahmen der Initiative Sicherheitsgefühl in Kommunen stärken (InSiKo) unterstützt die Leitstelle Gemeinden bei der kommunalen Präventionsarbeit durch Angebote in den Handlungsfeldern Qualifizierung, Digitalisierung und Professionalisierung. Neben der Förderung von Projekten und Maßnahmen unterstützt sie so beispielsweise ausgewählte Kommunen bei der Analyse des Sicherheits- und Präventionsgefüges mit wissenschaftlicher Begleitung (beispielsweise auch Bevölkerungsbefragungen zum Dunkelfeld) und der Ableitung von Handlungsempfehlungen.

Weitere Informationen zur Arbeit und zu den Angeboten der Leitstelle finden Sie unter www.kriminalpraevention.rlp.de

VERANSTALTUNGSSICHERHEIT – GESTALTUNG SICHERER ÖFFENTLICHER RÄUME – VERNETZUNG, TRANSFER, EVALUATION

STÄDTEBAUFÖRDERUNG

Im Rahmen der Bund-Länder-Städtebauförderung sind baulich-investive Maßnahmen zur Erhöhung der urbanen Sicherheit grundsätzlich förderfähig. Dabei gibt es verschiedene Anwendungsmöglichkeiten wie den Zufahrtsschutz, die Gestaltung des Wohnumfelds oder die Aufwertung öffentlicher Freiräume.



Ergänzend sind über die Städtebauförderung auch investitionsvorbereitende sowie investitionsbegleitende Maßnahmen zur städtebaulichen Kriminalprävention grundsätzlich förderfähig. Dazu gehören zum Beispiel Zufahrtsschutzkonzepte.

Eine Bezuschussung des Ankaufs von mobilen Sperren im Rahmen der Städtebauförderung ist nicht möglich.

Entsprechende Fördermöglichkeiten werden auf Seite 33 näher ausgeführt.

Weitere Informationen

- www.mdi.rlp.de/themen/staedte-und-gemeinden/kommunale-foerderung/staedtebauliche-erneuerung
- www.add.rlp.de/themen/foerderprogramm/foerderungen-im-kommunalen-bereich/staedtebauliche-erneuerungen

VERANSTALTUNGSSICHERHEIT – GESTALTUNG SICHERER ÖFFENTLICHER RÄUME – VERNETZUNG, TRANSFER, EVALUATION

STÄDTEBAULICHE KRIMINALPRÄVENTION

Bei einer frühzeitigen Einbindung der Polizei in die städtebaulichen Planungen von Siedlungs-, Raum- und Gebäudestrukturen sowie Bebauungsplänen, können die Fachstellen für Prävention einen wichtigen Beitrag zur städtebaulichen Kriminalprävention leisten. Bei der Überplanung von öffentlichen Flächen kann durch geschickte Planung und Einsatz zertifizierter Stadtmöblierung kostengünstig der Zufahrtsschutz integriert, kriminalitätsbegünstigende Faktoren reduziert und das subjektive Sicherheitsgefühl verbessert werden. Bei der Beratung orientieren sich die Fachstellen an den Fachinformationen des Programms der polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes. Das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz (LKA) unterstützt durch entsprechendes Fachwissen und organisiert gemeinsam mit der Hochschule der Polizei und Referenten aus Wissenschaft, Forschung und Praxis regelmäßig Fortbildungsveranstaltungen. Daneben steht das LKA für Vorträge zum Thema „Städtebauliche Kriminalprävention“ zur Verfügung. Unterstützt wird die Polizei dabei durch die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention, die mit dem Portal Sicherheitspool zusätzlich aktuelle Informationen zum Thema Urbane Sicherheit zur Verfügung stellt. Die aktive Umsetzung städtebaulich-kriminalpräventiver Maßnahmen setzt ein ressortübergreifendes Netzwerk aus entscheidungsfähigen und budgetverantwortlichen Akteuren voraus. Gemeinsames Ziel ist die Schaffung sicherer und sicherheitsstärkender Lebensräume für alle Nutzungsgruppen.

Weitere Informationen

- www.polizei.rlp.de/die-polizei/praevention/fachstellen-fuer-praevention
- www.polizei-beratung.de/themen-und-tipps/staedtebau
- www.sicherheitspool.info

AUSBLICK

FORTFÜHRUNG DER VERANSTALTUNGSREIHE „FORUM KOOPERATIVE SICHERHEIT“

Das Forum Kooperative Sicherheit wurde im Rahmen des Vorhabens „Urbane Sicherheit“ durch die Polizeidirektion Mainz und die Stadt Mainz konzipiert.

Mit der Veranstaltung am 29. Oktober 2025 wurde die Veranstaltungsreihe „Forum Kooperative Sicherheit“ erstmals für einen landesweiten Interessiertenkreis geöffnet.

Die Veranstaltung richtet sich an Angehörige der rheinland-pfälzischen Kommunen, Mitarbeitende der Polizei Rheinland-Pfalz, Angehörige weiterer Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben sowie Netzwerkpartner mit sicherheitsrelevanten Aufgaben, die sich mit Fragen der Urbanen Sicherheit auseinandersetzen.

Es ist vorgesehen auch zukünftig einmal im Jahr eine landesweite Fachtagung zu wechselnden Themen aus dem Bereich Urbane Sicherheit durchzuführen.

WISSENSTRANSFER ÜBER EINEN SHAREPOINT

Mit der Broschüre erhalten interessierte Kommunen und Polizeibehörden im Land bereits eine erste Übersicht über Maßnahmen und Herangehensweisen im Zusammenhang mit Urbaner Sicherheit. Darüber hinaus werden relevante Dokumente wie Leitfäden, Präsentationen, Checklisten, die ausschließlich dem verwaltungsinternen Gebrauch dienen, rheinland-pfälzischen Kommunen und Polizeibehörden über einen Sharepoint (RLP-Box) zur Verfügung gestellt. Interessierte können einen Link über UrbaneSicherheit@mdi.rlp.de erhalten.

SONDERFÖRDERUNG „GEMEINSAM SICHER FEIERN IN RHEINLAND-PFALZ“

Zur Unterstützung der rheinland-pfälzischen Kommunen bei der Durchführung von Veranstaltungen fördert das Land Rheinland-Pfalz im Zeitraum 2025 / 2026 die Erstellung von Konzepten zur gemeinsamen Nutzung von mobilen Sperren und investiven Maßnahmen im Zusammenhang mit Veranstaltungssicherheit. Voraussetzungen sind dabei, dass mindestens drei Kommunen zusammenarbeiten und die mobilen Sperren über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren nutzen. Antragsberechtigt sind alle rheinland-pfälzischen Kommunen ab der Verbandsgemeindeebene.

Nähere Informationen zu den Förderbedingungen sowie das Antragsformular erhalten Sie auf der Homepage des Ministeriums des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz mdi.rlp.de



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM DES INNERN
UND FÜR SPORT

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz

Poststelle@mdi.rlp.de
www.mdi.rlp.de